



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

5. hét

2018.01.29.

ZUSAMMENFASSUNG

- **EINE STUDIE RELATIVIERT DIE GROSSZÜGIGKEIT DER EU-FÖRDERMITTEL.** Nach der Wende haben westliche Unternehmen ein Viertel des Kapitalbestands und die Hälfte der Unternehmen übernommen. Im Anschluss an die 90er Jahre war der Abzug von Kapitaleinkünften in der Region Mitteleuropa in Ungarn am größten. Ungeachtet der zufließenden Fördermittel aus der Gemeinschaft strömt auch weiterhin mehr Profit außer Landes, als Geld in Form von EU-Transfers eintrifft.
- **DIE ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN DÜRFTEN ERSTARKEN.** Viktor Orbán trifft am 30. Januar in Wien mit dem neuen Bundeskanzler Österreichs, Sebastian Kurz, zusammen. Kurz erweitert die Reihe jener Politiker, die 2017 Wahlen gewinnen konnten, indem sie sich mit den wahren Problemen der Menschen beschäftigten und dies in ihrer Wahlkampagne auch deutlich herausstrichen.
- **DIE UNGARN WOLLEN NOCH ENGERE BEZIEHUNGEN ZU ÖSTERREICH.** Annähernd drei Viertel der Ungarn (73%) haben eine gute Meinung von Österreich, obendrein beurteilen zwei Drittel (67%) auch die bilateralen Beziehungen als positiv, geht aus einer repräsentativen Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts im Zeitraum 8.-11. Januar 2018 mit der telefonischen Befragung von 1.000 Personen hervor. Ausgehend von dieser Erhebung würde eine absolute Mehrheit der Befragten (53%) die politischen Beziehungen beider Länder weiter stärken, während noch mehr Befragte (61%) für engere Wirtschaftsbeziehungen plädieren.
- **FIDESZ NOCH STÄRKER, JOBBIK NOCH SCHWÄCHER.** Die Jobbik ist auch gemessen am Tiefpunkt zum Jahresende noch weiter abgerutscht, denn im Kreis der sicheren Parteiwähler würden gerade noch 13% für sie stimmen. Das aber bedeutet, dass die Partei von Gábor Vona im Vergleich zum Listenwahlergebnis von 2014 (mit 20,7%) beinahe vier von zehn sicheren Wählern verloren hat, geht aus der repräsentativen Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts im Zeitraum 3.-21. Januar 2018 mit der persönlichen Befragung von 2.000 Personen hervor. Auf der Grundlage dieser Erhebung würden 54% der sicheren Wähler für die Regierungsparteien stimmen, deutlich mehr also, als für alle Oppositionsparteien zusammengenommen.
- **DIE LMP IST IN EINE KRISE GESCHLITTERT.** In dieser Woche ist die LMP in eine schwerwiegende Krisensituation geraten. Es stellte sich nämlich heraus, dass sich mit Ákos Hadházy einer der Co-Vorsitzenden der Partei wiederholt zu politischen Fragen mit Lajos Simicska und dessen Sohn konsultierte. Ákos Hadházy hat dies selbst zugegeben, wobei später noch herauskam, dass der LMP-Co-Vorsitzende auch mit Gábor Vona Verhandlungen führte. Die LMP könnte mit der Aufgabe ihrer Eigenständigkeit sehr leicht die Fundamente ihrer Identität einreißen.

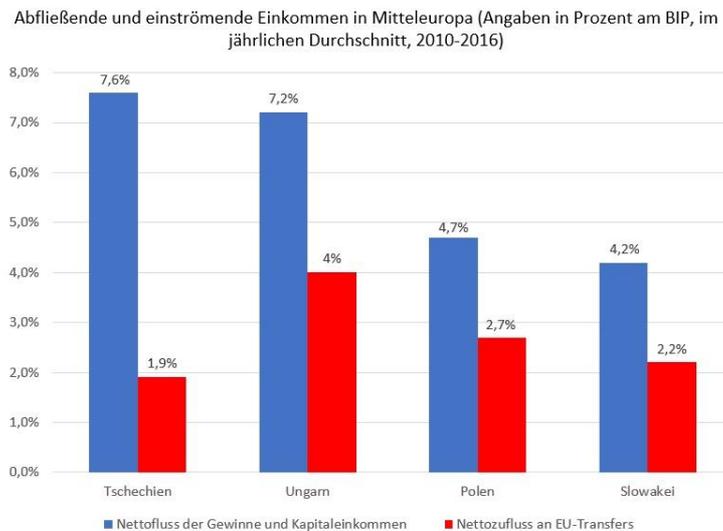
WIRTSCHAFTSPOLITIK

Eine Studie relativiert die Großzügigkeit der EU-Fördermittel

Nach der Wende haben westliche Unternehmen ein Viertel des Kapitalbestands und die Hälfte der Unternehmen übernommen. Im Anschluss an die 90er Jahre war der Abzug von Kapitaleinkünften in der Region Mitteleuropa in Ungarn am größten. Ungeachtet der zufließenden Fördermittel aus der Gemeinschaft strömt auch weiterhin mehr Profit außer Landes, als Geld in Form von EU-Transfers eintrifft.

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat nachgewiesen, dass die westlichen Investoren ein Viertel des Kapitalbestands in den postsozialistischen Volkswirtschaften erwarben, ebenso wie nahezu die Hälfte der Unternehmen und noch deutlich höhere Anteile im Kreis der größten Unternehmen. Infolge des hohen ausländischen Kapitalanteils flossen aus Ungarn auf der Grundlage dieser Studie dreimal so viele Kapitaleinkünfte ab, wie aus den anderen Visegrád-Staaten. Erreichte in Polen das ausströmende Kapital nicht einmal ein Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP), überschritt dieser Wert im Falle Ungarns sogar sechs Prozent.

Der EU-Beitritt änderte nichts an diesem Prozess, so dass auch zwischen 2005 und 2015 durchschnittlich die meisten ausländischen Kapitaleinkommen aus Ungarn abflossen. Während die Summe der einströmenden Fördermittel der Gemeinschaft verteilt über die einzelnen Jahre vier Prozent am BIP erreichte, machte der Abzug ausländischer Kapitaleinkommen zwischen 2010 und 2016 mehr als sieben Prozent am BIP aus. Diesen Zusammenhang hatte bereits eine polnische Studie im Jahre 2012 nachgewiesen. Laut dieser polnischen Studie strömt nahezu die Hälfte der EU-Gelder zurück zu westlichen Unternehmen. Unter den mitteleuropäischen Ländern sind mehrere deshalb tatsächlich wirtschaftliche Nettozahler, während die moderneren westlichen Staaten Nettoprofiture der Europäischen Union sind.



AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Die österreichisch-ungarischen Beziehungen dürften erstarren

Viktor Orbán trifft am 30. Januar in Wien mit dem neuen Bundeskanzler Österreichs, Sebastian Kurz, zusammen. Kurz erweitert die Reihe jener Politiker, die 2017 Wahlen gewinnen konnten, indem sie sich mit den wahren Problemen der Menschen beschäftigten und dies in ihrer Wahlkampagne auch deutlich herausstrichen.

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) nahm im Wahlkampf einen tiefgreifenden Richtungswechsel im Vergleich zu früheren Jahren vor, um den gesellschaftlichen Erwartungen zu entsprechen, und konnte auf diese Weise bei den Wahlen 2017 den Sieg davontragen. Es ist ein wichtiger Faktor, dass sich die neue Führung Österreichs in mehreren Fragen auf dem gleichen Standpunkt wie die Visegrád-Staaten befindet. Diese übereinstimmenden Interessen sowie die zunehmend erstarrende Rolle der Visegrád-Zusammenarbeit können neue Dimensionen in der Regionalpolitik eröffnen. Wenn die neue österreichische Regierung tatsächlich eine pragmatische Einwanderungspolitik in den Vordergrund rückt, könnte die regionale Zusammenarbeit auch in dieser Hinsicht erstarren.

Der neue Bundeskanzler Österreichs kann ungeachtet dessen eine Gleichgewichtspolitik verfolgen, um die nationalen Interessen Österreichs zur Geltung zu bringen. In diesem Sinne könnten auch

heiklere Fragen auf der Tagesordnung des Treffens stehen, doch werden sich die bilateralen Beziehungen unabhängig davon in jedem Fall in eine bessere Richtung bewegen, als zur Zeit der früheren sozialdemokratischen Führung.

Eine Streitfrage könnte jene vor ihrer Einreichung stehende österreichische Klage darstellen, in der das Land den Europäischen Gerichtshof ersucht, den Entscheid der Europäischen Kommission, mit dem die Erweiterung des Atomkraftwerk Paks gebilligt wurde, für nichtig zu erklären. Österreich brachte in dieser Angelegenheit bislang politische Argumente vor, wohingegen die Erweiterung von Paks von ungarischer Seite als herausragendes nationales Interesse angesehen wird, um das Erreichen der klimapolitischen Ziele und die Gewährleistung billiger, stabiler Energiequellen sicherzustellen. Obendrein wurde die Investition auch aus juristischer Sicht mit außerordentlich starken Argumenten fundiert.

Die Ungarn wollen noch engere Beziehungen zu Österreich

Annähernd drei Viertel der Ungarn (73%) haben eine gute Meinung von Österreich, obendrein beurteilen zwei Drittel (67%) auch die bilateralen Beziehungen als positiv, geht aus einer repräsentativen Meinungsforschung des Nézópont-Instituts im Zeitraum 8.-11. Januar 2018 mit der telefonischen Befragung von 1.000 Personen hervor. Ausgehend von dieser Erhebung würde eine absolute Mehrheit der Befragten (53%) die politischen Beziehungen beider Länder weiter stärken, während noch mehr Befragte (61%) für engere Wirtschaftsbeziehungen plädieren. Die Forschung ging auch auf die Person von Sebastian Kurz ein, zu dem knapp die Hälfte der Ungarn (48%) eine Meinung hat. Unter jenen, die sich eine Meinung von dem neuen Bundeskanzler bilden können, äußern sich nahezu acht von zehn Befragten (78%) positiv über ihn und meinen praktisch genauso viele (79%), dass seine Wahl aus dem Blickwinkel Ungarns von Vorteil ist.

Wie die Erhebung zeigt, besitzt Österreich hierzulande ein ausgesprochen positives Image. Nahezu drei Viertel der Ungarn (73%) haben eine gute Meinung von unserem westlichen Nachbarn und nur sehr wenige (6%) eine negative Meinung. Zwei Drittel der Befragten (67%) sind zudem positiver Meinung bezüglich der ungarisch-österreichischen bilateralen Beziehungen; in dieser Hinsicht bezieht gerade jeder Zehnte (11%) einen negativen Standpunkt.

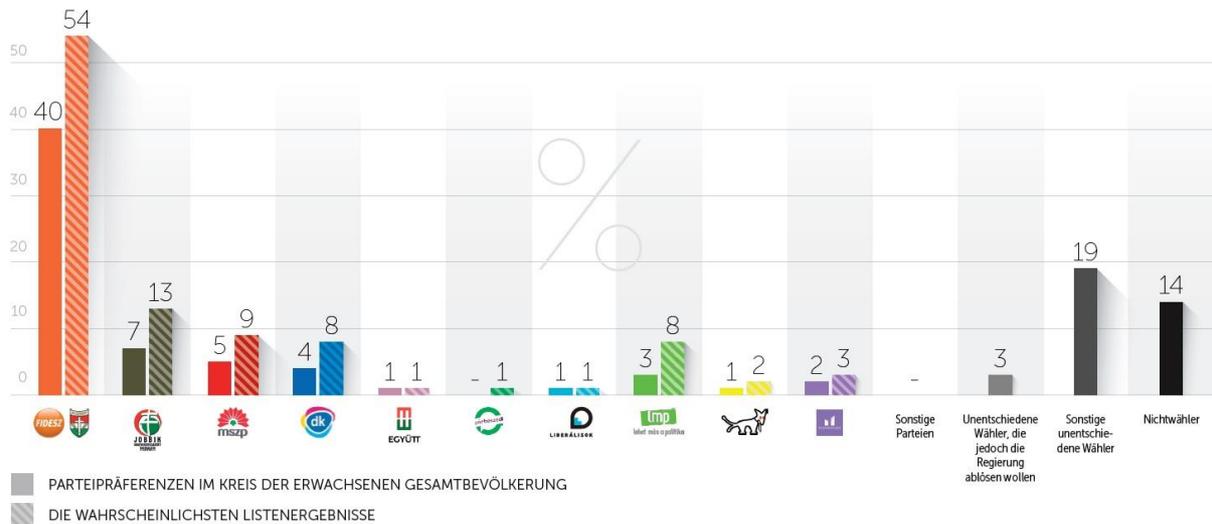
Eine absolute Mehrheit der Befragten (53%) würde im Übrigen die politischen Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich noch enger knüpfen. Ein weiteres Viertel (23%) würde an den Beziehungen auf diesem Gebiet nichts ändern, während kaum jemand für weniger enge Beziehungen wäre (4%). Noch positiver zeigt sich das Bild, wenn man das Erstarken der Wirtschaftskontakte betrachtet. Auf diesem Gebiet würden gleich sechs von zehn Befragten (61%) die bilateralen Beziehungen noch enger knüpfen, ein weiteres Fünftel (18%) wünschte keine Veränderungen, während auch in diesem Fall verschwindend wenige Befragte eine Lockerung der Beziehungen unterstützen würden (2%).

Die Erhebung bezog sich auch auf die Person des neuen Bundeskanzlers Österreichs. Übrigens geben die Ungarn nur schwerfällig Wertungen ausländischer Politiker ab, weil sie die Außenpolitik im Allgemeinen weniger interessiert. So hatte nur knapp die Hälfte der Befragten (48%) überhaupt eine Meinung von Sebastian Kurz. Im Kreis dieser Personen äußerten sich knapp acht von zehn Personen (78%) positiv über ihn, dreieinhalb Mal mehr, als seine Person negativ beurteilen (22%). In diesem Personenkreis befinden sich übrigens in einem ähnlichen Verhältnis jene in der Überzahl (mit 79%), die seine Wahl als vorteilhaft aus dem Gesichtspunkt Ungarns ansehen, während gerade mal jeder Fünfte (21%) diese als Nachteil betrachtet.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Fidesz noch stärker, Jobbik noch schwächer

Die Jobbik ist auch gemessen am Tiefpunkt zum Jahresende noch weiter abgerutscht, denn im Kreis der sicheren Parteiwähler würden gerade noch 13% für sie stimmen. Das aber bedeutet, dass die Partei von Gábor Vona im Vergleich zum Listenwahlergebnis von 2014 (mit 20,7%) beinahe vier von zehn sicheren Wählern verloren hat, geht aus der repräsentativen Meinungsforschung des Nézöpont-Instituts im Zeitraum 3.-21. Januar 2018 mit der persönlichen Befragung von 2.000 Personen hervor. Auf der Grundlage dieser Erhebung würden 54% der sicheren Wähler für die Regierungsparteien stimmen, deutlich mehr also, als für alle Oppositionsparteien zusammengenommen.



Im Januar standen im Kreis der erwachsenen Gesamtbevölkerung 40% hinter den Regierungsparteien, was ein Plus von drei Prozentpunkten und somit oberhalb des Fehlerintervalls im Vergleich zum Jahresende darstellt. Das Jobbik-Lager macht nach einem Rückgang um einen weiteren Prozentpunkt nur noch 7% aus, was das schlechteste Abschneiden dieser Partei seit 2014 darstellt. Mit der MSZP sympathisieren wie gehabt 5%, mit der DK 4%. Das Wählerlager der Együtt und der Liberalen beläuft sich jeweils auf 1%, die Párbeszéd konnte auf dieser Basis nicht gemessen werden. Die LMP fiel innerhalb des Fehlerintervalls um einen Prozentpunkt zurück, so dass aktuell noch 3% Sympathien für diese Partei zeigen, die Satirepartei des zweischwänzigen Hundes (MKKP) steht unverändert bei 1%, die Momentum-Bewegung bei 2%. Unter den unentschiedenen Wählern erreicht der Anteil der einen Regierungswechsel wünschenden Personen gerade einmal 3%.

Was die wahrscheinlichsten Listenwahlergebnisse anbelangt (also die potenzielle Parteipräferenz der sicheren Wähler), würden 54% für Fidesz-KDNP stimmen, und somit wesentlich mehr Wähler, als für alle Oppositionsparteien zusammengenommen. Für die Jobbik würden unter den sicheren Wählern gerade noch 13% stimmen. Das aber bedeutet, dass die Partei von Gábor Vona gemessen an ihrem Listenwahlergebnis von 2014 (mit 20,7%) nahezu vier von zehn sicheren Wählern verloren hat. Im linken politischen Lager hält das am Jahresende entstandene Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen drei Formationen an: Für die MSZP würden 9% der sicheren Wähler stimmen, für die DK und die LMP jeweils 8%. Was die aktuell unterhalb der Parlamentshürde von 5% rangierenden Parteien anbelangt, würde die Momentum-Bewegung 3% der Stimmen erhalten, die MKKP käme auf 2%, Együtt,

Párbeszéd und Liberale jeweils auf 1%. Für diese Parteien hängt außerordentlich viel von den zehn Wochen des Wahlkampfes ab.

Die LMP ist in eine Krise geschlittert

In dieser Woche ist die LMP in eine schwerwiegende Krisensituation geraten. Es stellte sich nämlich heraus, dass sich mit Ákos Hadházy einer der Co-Vorsitzenden der Partei wiederholt zu politischen Fragen mit Lajos Simicska und dessen Sohn konsultierte. Ákos Hadházy hat dies selbst zugegeben, wobei später noch herauskam, dass der LMP-Co-Vorsitzende auch mit Gábor Vona Verhandlungen führte. Die LMP könnte mit der Aufgabe ihrer Eigenständigkeit sehr leicht die Fundamente ihrer Identität einreißen.

Diese Begegnungen zeigen in erster Linie die vorliegenden Spannungen innerhalb der LMP, nachdem die andere Co-Vorsitzende der Partei, Bernadett Szél, früher eindeutig jede Art von irgendwelchen Verhandlungskompromissen ausschloss. Sollte die LMP tatsächlich bereit sein, bestimmte Kandidaten in den Einzelwahlkreisen zurückzuziehen, würde die Partei jenes grundlegende Ziel aufgeben, das diese Formation seit ihrer Gründung im Jahre 2008 prägte: die Eigenständigkeit und das Ablehnen von Bündnissen mit anderen Parteien.

All das könnte sich als problematisch für die LMP erweisen, nachdem diese Partei auch im Alleingang erfolgreich sein dürfte. Die im vorigen September verkündete Spitzenkandidatur von Bernadett Szél für das Amt des Ministerpräsidenten erfüllte die in sie gesteckten Erwartungen, die LMP wieder über die Parlamentshürde von fünf Prozent zu befördern. Es ist dabei auch wichtig zu sehen, dass die kleineren Parteien einem großen Druck ausgesetzt sind, Bündnisse mit anderen Kräften zu suchen, weshalb sich im Oppositionslager allmählich ein totales Chaos abzeichnet. Im Hintergrund lässt sich dabei wahrnehmen, dass sich die Jobbik ganz und gar nicht in einer guten Verfassung befindet: Der Herbst 2017 endete für diese Partei mit einer Niederlage, die in den Meinungsumfragen zurückgefallen ist. Mittlerweile ist sogar fraglich, ob die Partei von Gábor Vona im gegebenen Fall auf der Ebene der Direktmandate in den Wahlkreisen überhaupt Erfolge verbuchen kann.

Ein Erfolg der Strategie einer koordinierten Aufstellung von Kandidaten versteht sich übrigens nicht von selbst, weil sich die Wählerlager der verschiedenen Parteien nicht einfach aufgrund einer „mathematischen Logik“ addieren lassen. Für die Wähler ist es nämlich von entscheidender

Bedeutung, dass eine politische Kraft glaubwürdig erscheinen muss, wie jede einzelne Partei den Wählergemeinschaften auch eine Identität geben muss. Genau das wurde bei der Jobbik im vergangenen Jahr in Frage gestellt, woraufhin nun die LMP mit der Aufgabe ihrer bislang betonten Eigenständigkeit gerade ihr starkes Identitätsfundament einbüßen könnte.

PROGNOSE

- **Am 30. Januar trifft Viktor Orbán mit Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz zusammen.** Bei dieser Begegnung dürften das Investitionsprojekt AKW Paks II. sowie die Einwanderungsfrage zur Sprache kommen.
- **Am 2. Februar nimmt das Jahr der Familien der Auslandsungarn seinen Anfang.** Die Zielstellung der ungarischen Regierung lautet, die ungarischen Familien im Karpatenbecken zu unterstützen.
- **Am 4. Februar kommt es zu einem Diskussionsforum der „Bewegung Gemeinsames Land“ (KOM) im 6. Wahlbezirk der Hauptstadt (Józsefváros).** An dieser Debatte werden voraussichtlich ausschließlich Oppositionskandidaten linker Parteien teilnehmen.
- **Am 5. Februar veröffentlicht das Statistische Amt KSH die Einzelhandelsdaten für den Dezember 2017.**